

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 4

Rubrik: Wehrpolitische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Regierung Frankreichs (80 Milliarden Goldschatz!) blamiert bis auf die Knochen dastehen würden. Das ist aber nach einigem Schwanken von der französischen Arbeitermassen durchaus nicht so aufgefaßt worden. Sie haben sich keine lange Überlegungen über die Bodenlosigkeit der revolutionären Grundsätze ihrer Zentrale in Moskau gemacht, sondern haben einfach ihrer steigenden Unzufriedenheit durch den Anschluß an die Kommunisten Ausdruck gegeben. So blüht im Schatten des russisch-französischen Bündnisses der französische Kommunismus fröhlich auf und reißt die Führung der gesamten französischen Linken immer mehr an sich.

Gleichzeitig aber bahnt sich aus dem Durcheinander der Gruppen auf der Rechten allmählich eine Bewegung den Weg ins Freie, die nun die Führung übernimmt. Die „Feuerkreuzler“, die durchaus mit den organisatorischen und propagandistischen Mitteln der Faschisten oder Nationalsozialisten arbeiten, sind allmählich stark angeschwollen und stehen heute als weit überragende Gruppe der französischen Rechten da. Ihre Aufmärsche im ganzen Lande erinnern durchaus an ähnliche Zeiten in Italien und Deutschland. Ihre Ziele sind jedenfalls denen anderer Führerparteien in andern Staaten ähnlich wie ein Ei dem andern. Dabei ist es wohl möglich, daß sie trotzdem eine dem französischen Nationalcharakter entsprechende Linie finden werden. Das wird in erster Linie von ihrem Führer abhängen, der ein ehemaliger aktiver Offizier ist. Oberst de la Rocque hat in den Kolonialkriegen, im Weltkrieg und in Polen mit Auszeichnung gedient, gehörte hohen Stäben, wie dem von Foch und Weygand an und hat damit auf jeden Fall einen Ausweis über seine Fähigkeiten geleistet. Einen weiteren solchen Ausweis bildet die organisatorische Arbeit, die er mit der Schaffung seines Verbandes und der Leitung seiner Tätigkeit verrichtet hat. Noch aber fehlt jeder Beweis für staatsmännische Fähigkeiten, die allein ihn ans Ruder bringen können. Der französische Faschismus ist so noch ein unbeschriebenes Blatt; bald einmal wird aber über seine Absichten und Auffassungen mehr Klarheit geschaffen werden. Die Zuspitzung der Lage wird dafür sorgen.

Auf jeden Fall erlebt heute die dritte europäische Großmacht entscheidende innerpolitische Wandlungen und Spannungen. Vom Ausgang dieser Entwicklung wird für die Gestaltung Europas viel abhängen. Einstweilen treibt allerdings die französische innere Unsicherheit die Staatsleitung dazu, weiterhin alle Mittel des Landes für eine Front gegen das unheimlich aufstrebende Hitlerdeutschland zusammen zu fassen und bezwungen Italien in seinem ostafrikanischen Abenteuer völlig freie Hand zu lassen. Diese Haltung Frankreichs versteift die europäische Lage bloß, ohne sie irgendwie einer Lösung näher zu bringen. Nach wie vor ist die französische Staatskunst einzig und allein bemüht, die Neuordnung Europas mit allen Kräften abzubremfen. Wie lange noch?

U a r a u, den 18. Juli 1935.

S e k t o r A m m a n n.

Wehrpolitische Rundschau

Die nächsten Erfordernisse unserer Landesverteidigung. / Notwendige Kritik.

Rasten heißt Kosten! Das gilt nirgends so sehr wie auf militärischem Gebiet, wo Technik und Taktik sich in beschleunigtem Tempo entwickeln. Da kann auch der friedlichste Staat nicht abseits stehen, denn jeder Stillstand bedeutet Rückschritt. Auch unsere Armee muß sich dieser fortschreitenden Entwicklung anpassen, will sie

nicht ins Hintertreffen geraten. Die gegenwärtige politische Weltlage beweist uns mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit, daß auf Völkerbund, Kelloggpaß, Schieds- und Freundschaftsverträge kein Verlaß ist. Wenn es einem genügend gerüsteten Partner solcher Verträge beliebt, setzt er sich über alle papierernen Bindungen hinweg zur Durchsetzung seiner Machtansprüche und läßt sich darin auch nicht stören durch moralische Verurteilung von Seiten anderer Staaten, die genau so wenig auf Verträge achten, wenn es um ihre Interessen geht. Aus dem Fiasko aller völkerrechtlichen und zwischenstaatlichen Sicherheitsbestrebungen kann man nur den einen Schluß ziehen: **Stark sein aus eigener Kraft.** Nur eine starke Wehr und ein entschlossener Wille zur unbedingten Verteidigung können einem Lande noch eine gewisse Sicherheit geben.

Die schweizerische Armee ist bereits im Begriffe, einen großen Schritt in der Anpassung an die veränderten Verhältnisse zu tun mit der Verlängerung der Rekrutenschule und der Neuordnung der militärischen Ausbildung, die zu Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten werden. Ein zweiter Schritt geschieht mit der Organisation des Grenzschutzes, die in vollem Gange ist, und ein dritter mit der Durchführung der Grenzbefestigungen. Wie im Nationalrat der Chef des Militärdepartementes in Beantwortung einer Interpellation Rochat erklärte, wird noch in diesem Sommer mit dem Bau von Blockhäusern im Norden, Westen und Süden begonnen. Die für 1935 und 1936 bewilligten 6 Millionen Franken reichen aber nur für die dringendsten Arbeiten aus. Für die Durchführung des Gesamtprojektes der Befestigung aller Fronten werden die Räte neue Kredite gewähren müssen. Nachdem nun also das Gesamtprojekt vorliegt, andererseits aber unser Land immer noch unter der Arbeitslosigkeit leidet, werden hoffentlich die Befestigungsarbeiten etwas großzügig in Angriff genommen und nicht auf zehn Jahre verteilt, sondern auf möglichst kurze Zeit zusammengedrängt bei Beschäftigung einer möglichst großen Zahl von Technikern und Arbeitern.

Unter den Aufgaben der nächsten Zeit steht im Vordergrund die Schaffung einer neuen Truppenordnung, d. h. eine neue Gliederung und Zusammenfassung der Einheiten in Truppenkörper und Heereseinheiten. Die gegenwärtige Truppenordnung stammt aus dem Jahre 1925 und bedeutete im wesentlichen die gesetzliche Verankerung der während des Aktivdienstes getroffenen Abänderungen an der Truppenordnung von 1911. Zu einschneidenden Änderungen wollte man damals noch nicht greifen, da die Erfahrungen des letzten Krieges noch nicht in jeder Hinsicht abgeklärt und auch im Ausland noch nicht zu endgültigen Lösungen gereift waren. Heute wäre nun der Zeitpunkt gekommen, der Kriegserfahrungen und der seitherigen Entwicklung Rechnung zu tragen. Ein 1933 von der Generalstabsabteilung vorgelegtes Projekt stieß auf heftigen Widerstand und wurde wegen der Dringlichkeit der Ausbildungsvorlage zurückgestellt. Nun finden im Hinblick auf eine neue Truppenordnung wiederum Studien und Versuche statt, und das Militärdepartement plant, die Neuordnung für das Jahr 1938 in Kraft treten zu lassen, ohne daß aber schon ein Projekt vorliegen würde. Trotzdem kann heute schon berichtet werden über die wichtigsten Probleme, die eine neue Truppenordnung zu lösen haben wird.

Grundlage jeder Truppenordnung ist die Zahl der Mannschaften. Nun macht sich aber gerade bei den Kriegs-Jahrgängen 1915—1919 ein starker Geburtenrückgang bemerkbar. Man hat daraus auf einen entsprechenden Rückgang der Rekrutenzahl in diesem und den nächsten Jahren und auf eine erhebliche Reduktion der Zahl der Auszugsmannschaften geschlossen. Dementsprechend war das Projekt 1933 auf einen kleineren Mannschafbestand eingestellt und sah u. a. eine Reduktion der Zahl der Infanteriebataillone des Auszuges von 110 auf 84 vor. Diese außerordentlich starke Verringerung der Zahl unserer Bataillone stieß auf erheblichen Widerstand, trotzdem sie aufgewogen werden sollte durch bessere Ausbildung und stärkere Bewaffnung. Inzwischen hat die Rekrutierung des Jahrganges 1915 be-

wiesen, daß die Befürchtungen stark übertrieben waren und der Rekrutenausfall weit geringer ist, als man berechnet hatte. Die Zahl der männlichen Geburten ist von 1914 auf 1915 um 6500 gefallen. Die Zahl der Stellungspflichtigen des Jahrganges 1915 aber sank nur um 3500, die Zahl der Dienstauglichen nur um 1200 Mann. Die Gründe für diese interessante Erscheinung mögen zu suchen sein in einer Senkung der Sterblichkeit im jugendlichen, vordienstlichen Alter, in verminderter Auswanderung und verstärkter Rückwanderung, und schließlich auch in vermehrter Einbürgerung jugendlicher Ausländer. Die geringe Abnahme der Dienstauglichen ist auch zurückzuführen auf die Erhöhung des Tauglichkeitsprozentsatzes. Der Rückgang der Rekrutenzahl ist also nicht so stark, wie vorauszusehen war, und rechtfertigt daher auch nicht eine so einschneidende Reduktion der Zahl der Bataillone. Trotz besserer Ausbildung, die sich ja doch erst nach Verlauf einiger Jahre auswirken kann, und besserer Bewaffnung sollten wir die Zahl der Bataillone nicht reduzieren, sondern eher darnach trachten, den Rekrutenausfall auf anderem Wege wieder einzuholen. Es könnte dies wohl leicht geschehen, wenn bei der Rekrutierung ein etwas weniger strenger Maßstab angewendet würde. Man ist oft erstaunt, daß gesunde und dienstfreudige Leute nicht angenommen werden, weil ihr Brustumfang einen Zentimeter zu klein ist! Es stimmt auch nachdenklich, wenn man hin und wieder feststellen muß, daß gesunde und kräftige Sportleute, die sogar Höchstleistungen vollbringen, nicht dienstauglich sind. Man hat den Eindruck, daß für die sanitärischen Bestimmungen bei der Rekrutierung in erster Linie fiskalische Gründe, Rücksichten auf die Militärversicherung, maßgebend seien, und nicht die Bedürfnisse der Landesverteidigung. Ein Ausfall von 1200 Rekruten, wie er dieses Jahr vorhanden ist, könnte wohl leicht aufgeholt werden durch eine gewisse Lockerung der sanitärischen Bestimmungen, ohne daß die Qualität der Armee darunter leiden würde. Sodann wäre die Tauglichkeitsziffer auch zu steigern durch vermehrte turnerische und sportliche Betätigung der heranwachsenden Jungmänner. Die Statistik der turnerischen Rekrutenprüfungen spricht in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache und beweist einen direkten Zusammenhang zwischen Turnen und Sport einerseits, Tauglichkeit andererseits. Das führt zur Frage des obligatorischen Vorunterrichtes, die später noch besprochen werden soll. Hier sei nur festgehalten, daß die Zahl der Bataillone nicht reduziert werden soll, solange der Rekrutenausfall auf andere Weise behoben werden kann. Finanzielle Rücksichten dürfen dabei keine Rolle spielen, wo es um die Stärke unserer Armee geht. Es wird auch von hervorragender Seite auf die vorgesehenen großen Mannschaftsdepots hingewiesen, die wohl angebracht sind für die Armee eines großen Staates, nicht aber für die Armee eines Kleinstaates, dessen Schicksal sich in den ersten Tagen und Wochen eines Krieges entscheidet, sodaß er darnach trachten muß, schon am ersten Kriegstag die volle kriegstüchtige Mannschaft einem Angreifer entgegenzuwerfen. Große Mannschaftsdepots sind für uns ein Luxus, und sind vollends wertlos, solange man für die Zehntausende von überzähligen Soldaten in den Mannschaftsdepots nicht mit den nötigen materiellen Bedürfnissen versieht. — Hoffen wir also, die Militärbehörden finden Mittel und Wege, die ursprünglich beabsichtigte Reduktion der Bataillone zu vermeiden, trotz der größeren finanziellen Belastung, die nicht ausschlaggebend sein darf.

Unter den Fragen einer neuen Truppenordnung steht im Vordergrund die Beseitigung unserer heutigen schwerfälligen Divisionen zu 18 Bataillonen des Auszuges und die Ersetzung durch leichtere und beweglichere moderne Divisionen. Schon in den Manövern des letzten Jahres sind Versuche gemacht worden mit kleinen Divisionen zu drei Infanterieregimentern oder neun Bataillonen. Sie werden dieses Jahr wiederholt in den Manövern der 4. und 5. Division. Da aber doch auch Bedenken aufgetaucht sind, von neun Kampfbataillonen noch Truppen abzugeben für die notwendige Bedeckung der Artillerie oder von Kolonnen, werden auch Ver-

suche in anderer Hinsicht angestellt. Bei den Manövern der 5. Division umfaßt die blaue Manöverpartei vier Regimenter Infanterie, ein Regiment der roten Partei vier Bataillone. Auch in den Manövern der 4. Division werden bei der Division Bircher versuchsweise Regimenter zu vier Bataillonen gebildet, während die Manöverdivision Konus der leichten Division zu drei Regimentern und neun Bataillonen entsprechen wird. Bevor man sich also in Bezug auf die neuen Divisionen irgendwie festlegt, werden praktische Versuche in verschiedener Richtung unternommen, die eine Abklärung der Fragen erlauben. Für die Gliederung der Gebirgstruppen wird man der Brigade zu zwei Regimentern den Vorzug geben müssen vor der Gebirgsdivision zu drei Regimentern, weil man erfahrungsgemäß auf eine Straße nicht mehr als zwei Regimenter ansetzen kann, sodaß die Brigade eine bessere Anpassung an die natürlichen Geländeabschnitte erlaubt, wenn man nicht am einen Ort Divisionen, am andern Ort Brigaden bilden will, je nach den Verhältnissen des betreffenden Verteidigungsabschnittes. Eine Frage für sich wird die Verwendung der Landwehr sein, die heute den Divisionen zugeteilt ist, aber auch in selbständigen Landwehrbrigaden zusammengefaßt werden kann. Die Zuteilung von Landwehrtruppen an die Divisionen würde vielleicht erlauben, in den Regimentern vierte Bataillone oder in den Divisionen vierte Regimenter zu bilden.

Die Gliederung der Infanteriebataillone ist eigentlich schon bestimmt durch die Bewaffnungsvorlage, die drei Füsilierkompagnien zu zwölf leichten Maschinengewehren (davon drei lafettiert), eine Mitrailleurkompagnie zu sechszehn schweren Maschinengewehren, und, innerhalb einer Stabskompagnie, einen Zug Infanteriegeschütze und zwei Züge Minenwerfer vorsieht. Trotzdem wird von gewissen Seiten wieder die Frage der vierten Füsilierkompagnie aufgeworfen, die 1925 aufgehoben worden ist. Wenn ihre Wiedereinführung als nötig erachtet würde, so könnte dies wohl nur geschehen durch Reduktion der Zahl der Bataillone oder durch Eingliederung einer Landwehrkompagnie in das Füsilierbataillon, sodaß also schon das Bataillon zum gemischten Körper würde. Für die Füsilierkompagnien werden in den Schießschulen Versuche mit einer Gliederung in zwei Kampfzüge, zwei leichte Sturmzüge und einen Feuerzug mit lafettiertem Umg durchgeführt. Die Unterscheidung von Füsilier- und Umg-Gruppen würde einer neuen Einheitsgruppe mit einem Umg weichen, die freilich an die Unteroffiziere höhere Anforderungen stellt, anderseits weniger Unteroffiziere erfordern würde, was bei unserem Mangel an Unteroffizieren nur angenehm sein kann.

Große Änderungen sind auch geplant bei der Kavallerie, die nicht allein durch Radfahrer, sondern auch durch motorisierte Truppen ergänzt werden soll. An solchen motorisierten Truppen sind vorgesehen lafettierte leichte oder schwere Maschinengewehre, Infanteriekanonen und leichte Panzerwagen, mit Maschinengewehren oder Infanteriegeschützen bestückt. Die Abteilung für Kavallerie, der nun auch die Motormagentruppe untersteht und bald noch die Radfahrer zugewiesen werden sollen, sodaß sie zu einer Abteilung für leichte Waffen wird, plant für die neuen Divisionen Aufklärungsabteilungen, die sich aus zwei Schwadronen Dragoner, einer Kompagnie Radfahrer, einer motorisierten Kompagnie und einem Zug zu sechs Panzerwagen zusammensetzen. Bei den Aufklärungsabteilungen der Gebirgsdivisionen würden statt der Dragonerschwadronen Motorradfahrerkompagnien zugeteilt. Versuche mit einer solchen aus verschiedenen Waffen zusammengesetzten Aufklärungsabteilung und mit den verschiedenen motorisierten Truppen werden jetzt in der zweiten Julihälfte im bernischen Oberaargau durchgeführt durch Zusammenarbeit der verschiedenen Rekrutenschulen. Als Panzerwagen werden dabei die neuesten Carden Loyd Modelle der englischen Vickers-Armstrong-Werke verwendet, die auf guten Straßen bis zu 70 Km. zurücklegen können und einen Aktionsradius von 150 bis 200 Km. besitzen. Es handelt sich um äußerst bewegliche und wendige Raupenfahrzeuge, die zwei Mann Besatzung benötigen, einen Fahrer und einen

Schützen. — Die heutige Heereskavallerie soll nach den Plänen des Waffenchefs ersetzt werden durch leichte Brigaden, die ein Dragonerregiment, ein Radfahrerregiment, eine Kompanie schwere Waffen, eine Kompanie von zwölf Panzerwagen und eine Motorartillerieabteilung umfassen sollen. Auch mit der Bildung eines Radfahrerregimentes, bestehend aus zwei Radfahrerbataillonen, wurde letztes Jahr ein Versuch unternommen, der dieses Jahr in den Manövern der 4. Division fortgesetzt werden soll. Die Radfahrerbataillone sind gleich gegliedert wie ein Füsilierbataillon, wobei die Mitrailleurkompanie über Motorräder, Seitenwagen und Anhänger verfügt. Versuchsweise wurden beim einen Bataillon auch lasettierte Leichtmaschinengewehre verwendet statt der schweren Mitrailleusen. Das Problem für die leichten Truppen besteht darin, eine große Feuerkraft mit Schnelligkeit und Beweglichkeit zu vereinen; die Schwierigkeit liegt im engen Zusammenarbeiten von Truppen, die über ganz verschiedene Marschgeschwindigkeiten verfügen. Erfreulich ist, daß man nicht versucht, das Pferd radikal auszuschalten und durch den Motor zu ersetzen, sondern Pferd und Motor Seite an Seite anzusetzen, sich gegenseitig ergänzend.

Die Zuteilung der Artillerie bei einer neuen Truppenordnung ruft überhaupt der Frage der Artilleriebewaffnung. Das ist in unserer Armee ein sehr unerfreuliches Kapitel. Einmal besitzen wir nur 139 Batterien auf 147 Infanteriebataillone. Die Zahl der Batterien ist also viel zu klein im Verhältnis zur Zahl der Infanteriebataillone. Aber auch qualitativ kann unsere Artillerie nicht befriedigen. Unsere Feldgeschütze können durch verschiedene konstruktive Verbesserungen und neue Munition bis auf 11 km weit wirken und bleiben damit nur wenig unter der Tragweite moderner Feldartillerie. Sie können also vorläufig genügen, da die Neubewaffnung der übrigen Artillerie viel dringender ist. Die alten 12 cm-Motorkanonen dagegen sind wohl noch sehr präzise, aber sowohl im Schießen wie im Transport sehr langsam und besitzen nur geringe Tragweite. Vorläufig werden acht Batterien ersetzt durch moderne 10,5 cm-Geschütze der Voforswerke. Es sollten aber unbedingt alle 12 cm-Kanonen durch moderne 10,5 cm-Geschütze ersetzt werden. Ferner sollten diese Motorkanonen nicht nur in der Armeeartillerie vorhanden sein, sondern auch direkt den Divisionen zugeteilt werden, damit diese über eine Waffe zur Bekämpfung feindlicher Artillerie verfügen, während die Feldartillerie der direkten Feuerunterstützung der Infanterie dient. Ungenügend ist auch das Geschützmaterial unserer 12- und 15 cm-Haubitzbatterien, das ebenfalls durch moderne Konstruktionen ersetzt werden sollte. Die Neubewaffnung der Gebirgsartillerie mit 7,5 cm-Voforsgeschützen ist im Gange. Als neue Aufgabe stellt sich der Artillerie die Bekämpfung von Fliegern. Hierzu sind spezielle Geschütze notwendig, von denen heute schon befriedigende Konstruktionen vorliegen. Mit Maschinengewehren können nur sehr tief fliegende Maschinen erfolgreich beschossen werden. Bleibt der Flieger in einer gewissen Höhe, so kann er von der Erde aus allein durch Flugabwehrartillerie bekämpft werden, die bis auf 11 000 Meter Höhe schießen kann. Solche Flakartillerie kommt einmal in Betracht für die Armee zum Schutze des Armeeraumes, inklusive der besonders gefährdeten Militärflugplätze und der Festungen. Aber auch im Territorialraum sind Anlagen des Bahnverkehrs, der Elektrizitätsversorgung, industrielle Werke usw. durch Fliegerangriffe gefährdet und bedürfen des Schutzes durch mobile oder feste Flakartillerie. Beschaffung und Organisation der Flakartillerie des Territorialraumes wird man den zivilen Behörden und den schutzbedürftigen Werken übertragen müssen unter Kontrolle durch die Militärbehörden. Die Finanzierung dieser artilleristischen Fliegerabwehr im Territorialraum könnte vielleicht versucht werden durch freiwillige Beiträge nach dem Vorbild der nationalen Flugspende, die den Grund zu unserer Militäraviation schuf, oder der russischen Dsawischim, die dem Staat zu diesem oder ähnlichen Zwecken sehr große Summen zur Verfügung stellt. Der

Schweizerische Luftschutzbund könnte sich mit der Finanzierung der zivilen Flakartillerie große Verdienste erwerben. Die Anschaffung von Flakbatterien für Armee und Territorialraum ist nun wohl das dringendste Bedürfnis unserer Landesverteidigung, worauf dann die Neubewaffnung unserer Artillerie an Hand genommen werden muß.

Schließlich sei unter den militärischen Erfordernissen noch hingewiesen auf den Vorunterricht, der in seiner heutigen fakultativen Form nicht befriedigen kann und unbedingt für die Jungmannschaft vom 16. bis 20. Altersjahr obligatorisch erklärt werden sollte. Durch soldatische Erziehung, körperliche Ertüchtigung, Gewöhnung an Gelände und Wetter, Marsch- und Schießausbildung könnte der körperlichen und geistigen Verweichlichung unserer Jugend wirksam entgegengewirkt und die Rekrutenschule weitgehend entlastet werden. Bei der kurzen Dienstzeit dürfen wir von unseren jungen Leuten schon verlangen, daß sie sich einer entsprechenden Vorbereitung unterziehen, damit die Rekrutenschule in vermehrtem Maße der Gefechtsausbildung, der Ausbildung an Spezialwaffen oder der technischen Ausbildung gewidmet werden kann.

* * *

Von armeefreundlicher Seite ist bisher fast jede öffentliche Kritik an der Armee unterlassen und der armeefeindlichen, marxistischen Presse überlassen worden. Man hat damit zweifellos einen falschen Weg gewählt, indem dort die Kritik stets unsachlich ausfiel und im negativen, armeeschädigenden Sinne geübt wurde, während unserer Armee eine positive, aus der Liebe und Sorge um sie herausgewachsene Kritik Not tate. Wohl gibt es für solche Kritik auch andere Wege als die Erörterung in der Presse, allein keiner ist so wirksam. Zudem gibt es Dinge, die nichts besseres verdienen als öffentliche Brandmarkung. Im Januar hat man in Wort und Schrift dem Volke klar gemacht, daß die heutige Ausbildungszeit zu kurz sei. Und im Frühjahr, nach Annahme der Wehrvorlage, mußte man es erleben, daß Militär auf Kosten seiner Ausbildung zu Arbeiten herangezogen wurde, die auch von Zivilarbeitern hätten ausgeführt werden können. In St. Antonien wurden im Mai Sappeure der 6. Division zum Wegschaukeln von Lawinenschnee eingesetzt, nachdem die betreffende Lawine schon im Februar niedergegangen war. Die Behörden hätten also genügend Zeit gehabt, Arbeitslose einzustellen, um im Frühling diesen Lawinenschnee wegzuschaukeln, eventuell auf dem Wege eines Arbeitslagers. Aber es war natürlich bedeutend einfacher und bequemer, hierfür Truppen anzufordern! Es gibt grundsätzlich zwei Fälle, wo bei Naturkatastrophen Truppen eingesetzt werden dürfen. Einmal ist die Verwendung von Truppen ohne weiteres gerechtfertigt bei akuter Gefahr z. B. bei Hochwassern, wo man auf die nächste bereite Truppe greift zum Schutze und zur Rettung von Menschenleben oder Eigentum, zur Abwehr der drohenden Wasser, und zur Herstellung von Notverbindungen (Pontonbrücken etc.). Aber auch wo nach einer Naturkatastrophe keine akute Gefahr mehr droht, läßt sich der Einsatz von Truppen noch rechtfertigen, wenn man ihnen dabei Arbeiten zuweist, die der Ausbildung förderlich sind. Es sei dabei an die Wasserfäden im Agerital im letzten Sommer erinnert, wo nachher die Gebirgsjappeurkompagnie der 3. Division verschiedene Brücken baute zur Wiederherstellung der unterbrochenen Straßenverbindungen. Der rasche Bau von Brücken fällt durchaus in den militärischen Aufgabenbereich einer Sappeurkompagnie und dient somit ihrer Ausbildung. In St. Antonien oben aber drohte im Mai keine Lawinengefahr mehr und waren auch keine militärisch interessanten Arbeiten zu verrichten.

Ein ähnlicher Fall geschah kürzlich in Arau in der Rekrutenschule für schwere Infanteriewaffen. Da die Infanteriekatone in erster Linie der Tankbekämpfung dient, ist es nötig, daß die Mannschaft das Schießen auf bewegliche Ziele lernt. Dazu sind aber auf den Schießplätzen besondere Anlagen für

die Bewegung fahrbarer Scheiben nötig, die auf dem Marauer Gefechtschießplatz nicht vorhanden waren. Trotzdem es auch im Aargau Arbeitslose gibt, mußte diese Anlage von den Rekruten errichtet werden, wodurch jedem Rekruten einige Ausbildungstage verloren gingen. Es mag Leute geben, die sich angesichts solcher Vorkommnisse fragen, ob eigentlich eine Verlängerung der Ausbildung nötig war!

Gottfried Zeugin.

Bücher Rundschau

Franz Winkler, österr. Vizekonsul a. D.: Die Diktatur in Österreich.

War vor dem Kriege der Balkan das Pulverfaß Europas, so ist es heute Österreich. Um ein Haar wäre es vor genau einem Jahr wegen Österreich zu einem neuen europäischen Krieg gekommen. Nichts Wesentliches hat sich seither an dieser Situation geändert. Österreich ist nach wie vor das ungelöseste der vielen Probleme, welche die internationale Atmosphäre vergiften und den Frieden gefährden, neuestens erst recht durch die offenkundigen Vorbereitungen zur Restauration der Habsburger. Weitverbreitet ist die Meinung, daß Österreich der Schauplatz des nächsten Krieges sein werde — dieser sich also längs unserer Ostgrenze abspielen werde.

Das dürfte u. E. für jeden Schweizer Grund genug sein, sich darum zu kümmern, wie dies gekommen ist und wie die Verhältnisse in Österreich in Wahrheit sind. Es sei deshalb auf das vor kurzem im Orell Füßli-Verlag Zürich als Band 6 der Sammlung „Weltmachtprobleme“ erschienene Buch „Die Diktatur in Österreich“ von Jng. Franz Winkler, österreichischer Vizekanzler a. D. hingewiesen. — Führer des Landbundes, einer Bauernpartei nicht-klerikaler Richtung, Demokrat und Republikaner, während 10 Jahren Mitglied der steirischen Landesregierung, während drei Jahren Bundesminister in den Kabinetten Ender, Buresch und Dollfuß, in diesem zuletzt und bis 17. Sept. 1933 Vizekanzler und damit Stellvertreter von Dollfuß, besitzt der Verfasser eine intime Kenntnis der österreichischen Nachkriegspolitik. Die Entwicklung zur Diktatur hin hat er in ihren Anfängen als Mitglied der Regierung Dollfuß und nachher als Parteiführer aus nächster Nähe persönlich miterlebt. Er ist wie kaum eine andere Persönlichkeit Österreichs über alle Vorgänge vor und hinter den Kulissen, über alle offenen und geheimen Kräfte, die am Werke waren und sind, und über die wirkliche Lage in Österreich unterrichtet. Wir haben es daher bei diesem zudem klug und in dem öffentlichen Bestreben nach Sachlichkeit und Objektivität geschriebenen Buch mit einem Werk zu tun, das gerade schweizerische Leser über das Problem Österreich gut und zuverlässig unterrichtet und dem weite Verbreitung zu wünschen ist.

In einem einleitenden Kapitel gibt der Verfasser eine kurze Darstellung der österreichischen Nachkriegspolitik bis zum Tode Seipels, Juni 1932. Dann folgt ein Abschnitt über die Heimatwehrbewegung, besonders wissenswert angesichts der wichtigen Rolle, welche die Heimwehrführung im heutigen Österreich spielt und recht aufschlußreich über Persönlichkeit und Charakter der verschiedenen Führerpersönlichkeiten, insbesondere des Fürsten Starhemberg. Wiederholter Ehrenwort- und Treubruch, finanzieller Zusammenbruch und Ausgleich mit den Gläubigern... und... „Der Starhemberg vom Annaberg (Oberschlesien) kapitulierte vor sich selbst aus wirtschaftlichen Gründen. Er, der einst Steidle wütend angriff, weil er italienisches Geld nahm und ihn deshalb auch stürzte, fällt seit dieser Zeit (Sommer 1931) in die Hände Italiens und begibt sich und die Heimatwehr in finanzielle Abhängigkeit“ (S. 37), nachdem er noch am 17. März 1931 nach Berlin gefahren war und dort, allerdings erfolglos, versucht hatte, Geld